



Stadt Marktheidenfeld

## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 07. SITZUNG DES STADTRATES

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, 11.04.2019  
Beginn: 19:35 Uhr  
Ende: 21:20 Uhr  
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### ANWESENHEITSLISTE

#### **Erste Bürgermeisterin**

Schmidt-Neder, Helga

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Adam, Helmut  
Bernstein, Tobias  
Braun, Reinhold  
Buczko, Ragnhild  
Carl, Michael  
Feder, Klaus  
Gerberich, Martin  
Gillmann-Bils, Bärbel  
Haag, Ruth  
Harth, Martin 2. Bürgermeister  
Hörnig, Joachim 3. Bürgermeister  
Hörnig, Wolfgang  
Keller, Ludwig  
Menig, Christian  
Menig, Hermann  
Müller, Michael  
Oswald, Richard  
Otter, Barbara  
Rauh, Gerd  
Riedmann, Susanne  
Schneider, Renate  
Wagner, Burkhard

#### **Schriftführer/in**

Laumeister, Sabine

### **Verwaltung**

Albert, Inge  
Brand, Christian  
Chesauan, Alexander  
Hanakam, Matthias  
Hartmann, Barbara  
Herrmann, Christina  
Michalke Harald

Zu TOP 82 anwesend

### **Abwesende und entschuldigte Personen:**

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Hamberger, Andrea  
Reidelbach, Werner

## TAGESORDNUNG

### Öffentliche Sitzung

- 84 Bürgerfragezeit - Ausbau Baumhofstraße**
- 85 Informationen**
- 85.1 Kreisel Altfeld bei Fa. Cummins**
- 85.2 Grüngut-Container**
- 85.3 Sprach-Kitas**
- 85.4 Unterführung Altfeld**
- 85.5 Brücke der B 8 bei Altfeld**
- 85.6 Sanierungsarbeiten Luitpoldstraße/Kolpingstraße**
- 86 Vergaben** **2019/0712**  
Beschlussfassung
- 87 Neufassung der Satzung der Stadt Marktheidenfeld über das Friedhofs- und Bestattungswesen** **2019/0676**  
Beschlussfassung
- 88 Rückführung des Eigenbetriebs "Stadtwerke" in den städtischen Haushalt** **2019/0725**  
Beschlussfassung
- 89 Vollzug des Haushaltes 2019; Haushaltsentwicklung zum 31.03.2019** **2019/0718**  
Information
- 90 Aktueller Sachstand Leerstandsmanagement** **2019/0726**  
Information
- 91 Antrag der FW-Fraktion - Vorbereitung und Durchführung eines informellen Gespräches in Bezug auf ein funktionales Veranstaltungsgebäude in der Kernstadt** **2019/0721**  
Beschlussfassung
- 92 Anfragen**
- 92.1 Poller Mitteltorstraße**
- 92.2 Arbeitskreis Klinikum Main-Spessart**
- 92.3 Maibaum für die Kernstadt**

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder eröffnet um 19:35 Uhr die öffentliche 07. Sitzung des Stadtrates. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Während der Sitzung werden auf Nachfrage der Vorsitzenden gegen die nachstehenden Niederschriften keine Einwendungen erhoben. Die Vorsitzende stellt daraufhin fest, dass diese demnach genehmigt sind.

- 02. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Tourismus und Kultur am 12.03.2019
- 05. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 28.03.2019
- 06. Sitzung des Stadtrats am 28.03.2019

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **84 Bürgerfragezeit - Ausbau Baumhofstraße**

Es sind 15 Bürger anwesend. Um einen direkten Dialog mit den Bürgern zu ermöglichen, wird Herr Ulrich Schebler vom Büro BRS, Marktheidenfeld, durch die Vorsitzende gebeten, die Fragen direkt zu beantworten.

Zunächst berichtet Herr Schebler über die Baustellenbesprechung vom 28.03.2019. Bereits Ende 2018 sei von der ausführenden Baufirma angeregt worden, die erforderlichen Arbeiten am Bauabschnitt III (BA III) unter einer Vollsperrung der Baumhofstraße auszuführen. Da jedoch eine Umleitungsstrecke damals nicht geplant gewesen sei, sei der BA III mit einer halbseitigen Sperrung und Ampelregelung ausgeschrieben worden.

Während der Baustellenbesprechung wurden die im Dezember 2018 neu eingeführten Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA A 5.2) besprochen, zuvor galt die RSA-95. Die anhand der jetzt geltenden Richtlinien vorgeschriebene Restfahrbahnbreite von 2,50 m sei in der Baumhofstraße nicht einzuhalten.

Herr Schebler erläutert ausführlich die geänderten Sicherheitsvorschriften und anhand eines Schaubildes die Berechnung der Fahrbahnbreite. Die vorhandene Restfahrbahnbreite von 1,90 m sei aufgrund der geänderten Richtlinien nicht mehr zulässig, weshalb nun zwingend mit einer Vollsperrung der Straße reagiert werden müsse. Der Einwand eines Bürgers, dass die Ausschreibung vor Inkraftsetzung der geänderten Richtlinien erfolgt sei und daher nach altem Recht umzusetzen sei, wird verneint. Die aktuellen Richtlinien sind grundsätzlich einzuhalten, eine Unterscheidung nach altem und neuem Recht erfolgt nicht.

Zwischenzeitlich habe man sich mit dem Markt Karbach in Verbindung gesetzt, um eine Umleitungsstrecke festzulegen. Herr Schebler stellt diese anhand einer Karte vor. Die Arbeiten werden nach Ostern aufgenommen.

Auf Rückfragen von Bürgern und Stadträten führt Herr Schebler weiter aus, anstelle der früher geplanten Ampelschaltung sei man nun verpflichtet, eine Vollsperrung anzuordnen. Die Umleitungsstrecke werde von der ausführenden Baufirma auf eigene Kosten für den Umleitungsverkehr ertüchtigt und nach Beendigung der Maßnahme wieder zurückgebaut. Eine Tonnage- und Geschwindigkeitsbeschränkung werde angeordnet. Auch Ausweichstellen werden ausgewiesen. Die Firma wolle zwei Kolonnen einsetzen, um den erforderlichen Zeitaufwand so gering wie möglich zu halten. Ob und in wie weit sich hierdurch die Bauzeit verkürze, könne momentan jedoch nicht abgesehen werden, stellt Herr Schebler klar.

Mehrfach wird von Stadträten und Bürgern die mangelnde Kommunikation zwischen den einzelnen Beteiligten bemängelt. Insbesondere die Eile, mit welcher die Maßnahmen aktuell vorangetrieben werden, wird zwiespältig aufgenommen. Einerseits wird ein rasches Fortschreiten der Arbeiten begrüßt, andererseits wäre eine frühere Information des Gremiums und der Öffentlichkeit wünschenswert gewesen.

Der vorgelegte Bauzeitenplan erscheint verschiedenen Stadträten unverständlich. Es wird die Überarbeitung und Vorlage eines verbindlichen Zeitplanes erbeten.

Ein Bürger fragt an, ob die aus der vorgelegten Karte ersichtliche Grünfläche an einem Fußweg im Bereich der von der Vollsperrung betroffenen Grundstücke vorübergehend als Parkfläche genutzt werden könne. Die Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

---

## **85 Informationen**

---

### **85.1 Kreisel Altfeld bei Fa. Cummins**

---

Die Vorsitzende berichtet, hinsichtlich einer möglichen Umgestaltung des Kreisverkehrs in Altfeld bei der Fa. Cummins lägen ihr noch keine Informationen vor.

### **85.2 Grüngut-Container**

---

Erste Bürgermeisterin Schmidt-Neder berichtet weiter, auf die erneute Anfrage der Verwaltung hinsichtlich eines Grüngut-Containers habe das Landratsamt geantwortet, die Auswertung der Erkenntnisse aus dem Pilot-Projekt vom vergangenen Jahr würden derzeit ausgewertet. Stadtrat Adam zeigt sich mit der Vorgehensweise des Landratsamtes nicht einverstanden. Er regt an, die Kosten eines solchen Grüngut-Containers zu eruieren und eventuell auf Kosten der Stadt Marktheidenfeld aufzustellen.

Die Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

### **85.3 Sprach-Kitas**

---

Über das Schreiben der Verwaltung an das Bundesfamilienministerium habe sie bereits informiert, erinnert die Erste Bürgermeisterin.

Sie berichtet weiter, dass das Ministerium zwischenzeitlich habe verlautbaren lassen, dass das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ fortgeführt werde.

### **85.4 Unterführung Altfeld**

---

Bauamtsleiter Chesauan berichtet, die Fa. Südplanken sei damit beauftragt, die Veränderung der Leitplanken zugunsten eines Fußgänger-Zuwegs vorzunehmen. Ein Ausführungstermin sei derzeit nicht bekannt.

## **85.5 Brücke der B 8 bei Altfeld**

---

An der Brücke der B 8 bei Altfeld werden derzeit Betonabplatzungen repariert. Auf Rückfrage aus dem Gremium wird durch Bauamtsleiter Chesauan klargestellt, dass es sich vorliegend nur um leichte Abplatzungen handeln würde, welche keine statischen Auswirkungen hätten.

## **85.6 Sanierungsarbeiten Luitpoldstraße/Kolpingstraße**

---

Die Sanierungsarbeiten am Mündungsbereich der Luitpoldstraße in die Kolpingstraße werden vermutlich noch bis Anfang Mai andauern, informiert Herr Chesauan.

## **86 Vergaben**

---

### **Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die nachstehenden in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterten Vergaben:**

- 1. Neubau Kita Baumhofstraße  
Schlosserarbeiten - Geländer  
Metallbau Kunkel, Partenstein  
101.491,53 € brutto**

**einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0**

#### **Abstimmungsvermerk:**

**Stadtrat Braun hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

- 2. Beleuchtung am Radweg Marktheidenfeld  
(Felsenkeller bis Mehrgenerationenspielplatz)  
Bayernwerk Netz GmbH, Marktheidenfeld  
50.527,72 € brutto**

**mehrheitlich beschlossen Ja 16 Nein 6**

#### **Abstimmungsvermerk:**

**Stadtrat Braun hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

- 3. Ersatzbeschaffung: Pritschenwagen für den Bauhof  
(Das Fahrzeug weist gravierende sicherheitsrelevante Merkmale auf)  
Opel Willer, Marktheidenfeld  
36.561,47 € brutto**

**einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0**

#### **Abstimmungsvermerk:**

**Stadtrat Braun hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

**4. GEK Oberwittbach, Ortsmittegestaltung  
Landschaftsbauarbeiten  
Firma Hofmann, Marktheidenfeld  
232.209,08 € brutto**

**einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0**

**Abstimmungsvermerk:**

**Stadtrat Braun hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

**87 Neufassung der Satzung der Stadt Marktheidenfeld über das Friedhofs- und Bestattungswesen**

In der Sitzung am 07.02.2019 wurde über die Gestaltung der Urnenerdgräber im Altstadtfriedhof entschieden. Dabei wurde eine Gestaltungsvariante festgelegt. Der Rahmen bzw. die Einfassung der Urnenerdgräber sollte vorgegeben werden. Es entstehen fünf Urnenerdgräber. Die Kosten je Grab belaufen sich auf ca. 1.000 €. Die Fertigstellung durch eine Fachfirma ist nach Ostern geplant. Der Erwerber eines Urnenerdgrabes kann die Grabfläche nach Maßgabe des § 29 der Satzung frei gestalten.

Es ist notwendig, die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen formal wie folgt zu ändern:

- In § 9 Buchstabe d, Art der Gräber, müsste es heißen: „Urnenerdgräber“ (Die Aufzählung der Friedhöfe, in denen Urnenerdgräber vorgehalten werden, fällt weg, somit sind Urnenerdgräber in allen Friedhöfen zulässig.)
- § 13 Absatz 1, Urnenerdgräber, erhält folgende Fassung: „In den Bestattungseinrichtungen der Stadt sind besondere Felder für Urnenerdgräber ausgewiesen.“ (Die Aufzählung fällt weg).
- Es wird eine neue Bestimmung über die Gestaltung der Urnenerdgräber im Altstadtfriedhof eingeführt, § 29 erhält folgende neue Fassung: „Die Größe der Urnenerdgräber beträgt 1,00 m x 1,00 m. Die Einfassung wird in glänzendem polierten hellgrauen Granit vorgegeben. Stehende Grabsteine sowie Abdeckplatten sind nicht zulässig. Liegende Grabsteine sollen sich in Form und Material an der Einfassung orientieren.“

Die Stadträte Adam und Carl erörtern kurz die maximale Größe eines liegenden Grabsteines. Man einigt sich auf ein Drittel der Grabfläche und wird den neuen § 29 der Satzung noch durch den Zusatz „und maximal ein Drittel der Grabfläche abdecken“ ergänzen, so dass dieser nun lautet:

„Die Größe der Urnenerdgräber beträgt 1,00 m x 1,00 m. Die Einfassung wird in glänzendem polierten hellgrauen Granit vorgegeben. Stehende Grabsteine sowie Abdeckplatten sind nicht zulässig. Liegende Grabsteine sollen sich in Form und Material an der Einfassung orientieren und maximal ein Drittel der Grabfläche abdecken.“

**Beschluss:**

**Der vorgelegte Satzungsentwurf wird neu erlassen.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung auszufertigen und bekanntzumachen.**

**einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0**

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 wurde die Rückführung des Eigenbetriebs „Stadtwerke“ in den Haushalt der Stadt Marktheidenfeld behandelt.

Der Eigenbetrieb kann die finanziellen Belastungen aktuell alleine nicht übernehmen, sodass die Stadt Marktheidenfeld jährlich zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung auf die Rückzahlung der Verbindlichkeiten verzichtet. Im Jahr 2017 sind hierfür 284.242,21 € aufgelaufen.

Im Zuge der Rückführung in den Haushalt der Stadt Marktheidenfeld bleibt der Betrieb gewerblicher Art für die Wasserversorgung als Regiebetrieb erhalten, sodass auch weiterhin der Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann. Verschiedene Anlagen zum Jahresabschluss sowie die Erstellung der Handelsbilanz wären durch die Auflösung des Eigenbetriebs nicht mehr nötig. Hierdurch würden sich die Kosten an den Bayer. Kommunalen Prüfungsverband zur Erstellung des Jahresabschlusses um ca. 1.000,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer jährlich reduzieren. Ebenso würde die Verpflichtung einer Abschlussprüfung des Jahresabschlusses gemäß Art. 107 Abs. 2 GO i. V. m. § 25 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung entfallen, was mit jährlichen Kosten in Höhe von ca. 5.000,00 € zuzüglich MWSt zu Buche schlägt.

Für die Integration der Stadtwerke in den Haushalt der Stadt Marktheidenfeld liegt ein Angebot der Firma mpsNF vor. Die Abrechnung erfolgt nach dem jeweiligen Arbeitsaufwand. Angesetzt wurden ca. 46 Stunden an Arbeitsleistung, die nach der Durchführung eines Projektgespräches näher beziffert werden können. Als Umstellungszeitpunkt ist der 01.01.2020 geplant.

Die Auflösung des Eigenbetriebs erfolgt durch einen öffentlichen Beschluss über die Aufhebung der Betriebssatzung.

Fraktionsvorsitzender Hermann Menig bittet um Erläuterung, ob der Haushalt der Stadt bei Übernahme der Schulden des Wasserwerkes unter Umständen nicht mehr genehmigungsfähig sei.

Kämmerin Herrmann informiert, dass der Schuldenstand des Wasserwerks bereits im Haushalt der Stadt berücksichtigt werde, da die Wasserversorgung der Bevölkerung eine kommunale Pflichtaufgabe darstelle.

2. Bürgermeister Harth erinnert daran, dass vor langer Zeit die Umwandlung in einen Eigenbetrieb vorgenommen worden sei, damit ein besserer Überblick über Ausgaben und Einnahmen möglich werde. Diese Transparenz müsse erhalten bleiben. Außerdem steige die Verschuldung der Stadt an.

Die Verschuldung des Wasserwerks müsse auch künftig separat ersichtlich sein. Dies bestätigt die Kämmerin.

### **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung der Rückführung des Eigenbetriebs „Stadtwerke“ in den Haushalt der Stadt Marktheidenfeld beauftragt.**

**Über die Aufhebung der Betriebssatzung wird gesondert Beschluss gefasst.**

**einstimmig beschlossen    Ja 22    Nein 0**

### **Abstimmungsvermerk:**

**Stadtrat Keller hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

## **89 Vollzug des Haushaltes 2019; Haushaltsentwicklung zum 31.03.2019**

Die Kämmerin erläutert die Haushaltsentwicklung zum 31.03.2019 anhand von Tabellen zum Abschluss des 1. Quartals 2019.

Frau Herrmann weist insbesondere auf eine unerwartete Gewerbesteuer-Nachzahlung hin, welche die Einnahmen erhöht hat. Entsprechend erhöhen sich auch die Rücklagen auf nunmehr 38,11 Mio. €.

Über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen und die Kostenentwicklungen der Projekte wurden den Gremiumsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung als Anhang zur Sitzungsvorlage verschiedene Übersichtstabellen zur Verfügung gestellt. Fragen zu Baumaßnahmen oder Kostenentwicklungen werden seitens des Gremiums keine gestellt.

## **90 Aktueller Sachstand Leerstandsmanagement**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Stadtrat beschlossen, das Leerstands- und Flächenkataster für die Kernstadt zusammenzuführen. Ziel ist, den Flächenverbrauch in der Stadt einzudämmen, Leerstände zu minimieren und Baulücken zu schließen.

Im Folgenden wird der aktuelle Sachstand dargelegt:

### Erfassung der Baulücken und leerstehenden Grundstücke:

Das Sachgebiet Liegenschaften erkundet aktuell die Leerstandsflächen der Kernstadt über unser GEO-Portal. Im Anschluss prüft das Bauamt, inwieweit diese Flächen bebaubar sind. Nachfolgend werden die Eigentümer angeschrieben und erhalten einen Fragebogen. Darin wird z. B. ihr Informationsbedarf und ihre Verkaufsbereitschaft abgefragt, Beratung hinsichtlich Baurecht sowie Unterstützung angeboten etc. Durch diese Maßnahme erhält die Stadt einen Überblick über die Lage und Größe der Grundstücke, die zum Verkauf stehen.

Für die Stadtteile sind die leerstehenden Flächen bereits über das GEK erfasst.

### Leerstandsmanagement:

Für die leerstehenden Einzelhandelsflächen im Innenstadtbereich führt die Abteilungsleitung Stadtmarketing eine Leerstandskartei. Diese enthält Informationen zu freien Ladenflächen mit Größe und Lage, zum Teil mit Bildern und Grundrissen der Immobilien. Die Angaben stammen von den Vermietern oder von den beauftragten Maklern.

Darüber hinaus werden ansiedlungswillige Unternehmen beraten, Informationen über den Einzelhandelsstandort Marktheidenfeld bereit gestellt und aktiv Kontakt zu in Frage kommenden Unternehmen (Filialisten, regionale Handelsunternehmen etc.) zur Erhaltung des Branchenmix und der Sortimentsvielfalt in der Innenstadt aufgenommen.

Darüber hinaus gibt es Planungen des Regionalmanagements des Landkreises, eine gemeinsame Immobilienbörse für den Landkreis zu erstellen. Hier soll über leerstehende Häuser und bebaubare Grundstücke informiert werden. Die Plattform solle die Angebote bündeln, die Darstellung verbessern und die einzelnen Kommunen entlasten.

Die Entscheidung über die Teilnahme am Portal des Landkreises ist erst im Anschluss an die Datenerfassung möglich.

Bis wann man mit Ergebnissen rechnen könne, fragt Stadtrat Wolfgang Hörnig nach. Frau Albert erläutert, dass dies vermutlich bis zum Ende des ersten Halbjahres der Fall sein werde.

### Vermarktung Gewerbeflächen:

Hier schlägt die Verwaltung vor, zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen (IHK Standortportal Bayern, Homepage) die restlichen Grundstücke im Gewerbegebiet Schlossfeld im Internet auf ImmoScout für den Preis von 30 €/m<sup>2</sup> zu bewerben. Dies ist über „Invest in Bavaria“ kostenfrei für die Stadt möglich.

Zu einem späteren Zeitpunkt ist dies auch für die Söllershöhe denkbar.

Möglicherweise biete die teilweise Schließung des Kaufhauses Udo Lermann die Möglichkeit, ein anderes Unternehmen anzusiedeln, welches Teile des Sortiments anbieten kann, stellt Fraktionsvorsitzender Hermann Menig fest. Dies hält auch Frau Albert für eine Option. Fraktionsvorsitzender Hermann Menig wirft weiter ein, eventuell könne man die Leerflächen auch über ein Online-Portal anbieten. Frau Albert stellt klar, dass man aktuell prüfe, ob sich ein solches Portal finden lasse, welches den Bedürfnissen entspreche.

Stadtrat Keller erinnert daran, dass einerseits keine Grundstücke mehr erhältlich seien, andererseits Leerflächen vorhanden seien. Er fragt nach, ob es möglich wäre, die m<sup>2</sup>-Zahl der gesamten Leerflächen zu ermitteln.

Frau Albert hält fest, dass dies etwas schwierig sei. Durch Schließungen und Neueröffnungen sei eine ermittelte Zahl nicht feststehend, sondern sei eher ein fließender Prozess. Sie werde sich jedoch entsprechend informieren, sagt sie zu.

### **91 Antrag der FW-Fraktion - Vorbereitung und Durchführung eines informellen Gespräches in Bezug auf ein funktionales Veranstaltungsgebäude in der Kernstadt**

Fraktionsvorsitzender Wagner verliest und erläutert den Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 31.03.2019:

„Antrag auf Vorbereitung und Durchführung eines informellen Gespräches in Bezug auf ein funktionales Veranstaltungsgebäude in der Kernstadt

Die Fraktion der Freien Wähler stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Verwaltung beauftragt wird, ein öffentliches informelles Treffen mit den Vereinen der Kernstadt sowie interessierten Mitbürgern vorzubereiten und durchzuführen.

Weiterhin beantragen wir, dass neben den interessierten Mitbürgern und Vereinen der Kernstadt auch die Inhaber, Betreiber bzw. Repräsentanten der ortsansässigen Betriebe und Unternehmen eingeladen werden. Wir bitten um eine Einladung in Schriftform.

Als klares Ziel dieser Veranstaltung sehen wir die Erfassung von Notwendigkeiten und Bedarfen im Hinblick auf ein funktionales Veranstaltungsgebäude, um dem Stadtratsgremium belastbare Zahlen zur weiteren Beratung zur Verfügung stellen zu können.

**Begründung:**

In Gesprächen mit Mitbürgern und Vertretern von Vereinen der Kernstadt ist vermehrt die Anregung und der Wunsch geäußert worden, der Stadtrat möge sich mit der Errichtung eines funktionalen Veranstaltungsgebäudes analog der Vereins- und Bürgerhäuser in den Stadtteilen für die Kernstadt beschäftigen.

Um diese Abfrage auf eine breite Basis zu stellen, erachten wir es als notwendig und zielführend auch die Inhaber, Betreiber bzw. Repräsentanten der ortsansässigen Betriebe und Unternehmen einzubinden.“

Für die Fraktion der SPD nimmt zunächst Fraktionsvorsitzender Hermann Menig Stellung. Er

hinterfragt die Gründe für den vorgelegten Antrag, bezeichnet diesen als Wahlwerbung und erinnert daran, dass noch zu den Haushaltsberatungen 2019 von der Fraktion der Freien Wähler eindringlich davor gewarnt worden sei, zu freigiebig mit den Rücklagen der Stadt umzugehen. In der Stadt seien ausreichend Räumlichkeiten vorhanden, teils in städtischer, kreiseigener, kirchlicher oder privatwirtschaftlicher Hand. Er stellt klar, es sei nicht so recht nachzuvollziehen, dass nun über die Errichtung eines funktionalen Veranstaltungsgebäudes nachgedacht werde, zumal durch eine solche Veranstaltung Begehrlichkeiten geweckt werden würden. Weiter ruft er die Diskussion um das Lichtspielhaus, das aus der Innenstadt „verbannt“ werden musste oder den Neubau des Feuerwehrgerätehauses an alter Stelle ins Gedächtnis und sowie die Lohrer Stadthalle.

Abschließend hält er fest, dass ein weiteres Wonnemar in naher Zukunft mit nicht absehbaren Kosten seiner Meinung nach nicht erstrebenswert sei.

Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion der SPD den Antrag der Freien Wähler ab.

Fraktionsvorsitzender Christian Menig hält fest, nach Meinung der Fraktion der CSU handele es sich bei dem vorgelegten Antrag der Fraktion der Freien Wähler um Wahlwerbung. Er erinnert daran, dass bereits eine Anfrage an die Vereine gerichtet worden sei, welche lediglich minimale Resonanz erzielt habe und zu dem Ergebnis „kein Bedarf“ geführt habe. Er halte das Vorgehen für populistisch, stellt er klar, und richtet ebenfalls den Blick nach Lohr und das hohe Defizit der dortigen Stadthalle. Auch er sieht in Marktheidenfeld ausreichend Räumlichkeiten vorhanden.

Er schließt seine Stellungnahme mit dem Hinweis, die Fraktion der CSU lehne eine solche Veranstaltung, wie beantragt, ab und resümiert, die Fraktion der CSU werde dem Antrag der Freien Wähler nicht zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Wagner stellt klar, seine Fraktion wolle mit dem Antrag lediglich eine Bedarfsermittlung veranlassen. Er erinnert daran, dass diese Ermittlung bereits in den Haushaltsberatungen im vergangenen November angeregt worden sei.

2. Bürgermeister Harth wirft ein, dass in den Haushaltsberatungen im vergangenen Herbst auch explizit geraten wurde, von neuen kostenintensiven Maßnahmen Abstand zu nehmen. Er sieht die Gefahr gegeben, dass durch eine solche Diskussion Begehrlichkeiten geweckt würden, welche nicht befriedigt werden könnten. Zudem sehe er einen solchen Auftrag als eine Beschäftigungsmaßnahme für die Verwaltung.

Stadtrat Braun versteht die Aufregung über den Antrag nicht. Es ginge nicht um das Geldausgeben, sondern um die Ermittlung eines Bedarfes. Wenn kein Bedarf vorhanden sei, dann sei das so. Dennoch müsse man zuvor erst eine entsprechende Ermittlung durchführen.

Stadtrat Wolfgang Hörnig schließt sich dem 2. Bürgermeister an und wirft auch den Hinweis auf den steigenden Flächenverbrauch ein. Seiner Meinung nach sollte man kein Bedürfnis schaffen, wo kein Bedürfnis wäre.

Fraktionsvorsitzender Wagner stellt abschließend fest, dass für die Kernstadt das gleiche Prozedere praktiziert werden solle wie in den Stadtteilen.

### **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, ein öffentliches, informelles Treffen mit den Vereinen der Kernstadt, interessierten Mitbürgern, Inhabern/Betreibern bzw. Repräsentanten der ortsansässigen Betriebe und Unternehmen vorzubereiten und durchzuführen. Die Einladung dazu soll in Schriftform erfolgen. Ziel soll sein, dadurch die Notwendigkeiten und den Bedarf für ein funktionales Veranstaltungsgebäude zu erfassen.**

**mehrheitlich abgelehnt     Ja 7 Nein 16**

## **92      Anfragen**

---

### **92.1    Poller Mitteltorstraße**

---

Stadtrat Wolfgang Hörnig fragt nach dem Sachstand bezüglich der Poller in der Mitteltorstraße, da diese nach wie vor nicht funktionierten. Die Vorsitzende erläutert, nach Auskunft von Herrn Michalke müssten die Transponder vermutlich nicht nochmals programmiert werden. Die Pneumatik werde derzeit noch geprüft. Aktuell sei nicht bekannt, bis wann die Poller wieder funktionieren werden.

### **92.2    Arbeitskreis Klinikum Main-Spessart**

---

Stadtrat Keller berichtet, in die Arbeitsgruppe Klinikum Main-Spessart seien von der Stadt Lohr drei Mitglieder, von der Stadt Karlstadt drei Mitglieder, von der Stadt Gemünden ebenfalls drei Mitglieder und von der Stadt Marktheidenfeld lediglich ein Mitglied entsandt. Wie könne die Stadt Marktheidenfeld damit zufrieden sein, fragt er an. Er wünsche sich, dass auch aus Marktheidenfeld drei Mitglieder entsandt werden.

Die Erste Bürgermeisterin stellt klar, dass sie sehr wohl auch als einziges Mitglied aus Marktheidenfeld Wünsche, Forderungen und Anregungen mitteilen oder durchsetzen könne.

### **92.3    Maibaum für die Kernstadt**

---

Stadtrat Wolfgang Hörnig missfällt, dass aus Sicherheitsgründen auf dem Marktplatz anstelle des traditionellen natürlichen Baumes nun ein Mast aus Aluminium aufgestellt werden solle.

Die Vorsitzende erläutert, dass der Mast zwischenzeitlich geliefert worden sei. Vor der Aufstellung werde noch ein Besichtigungstermin angesetzt werden. Sie lädt das Gremium ein, den Mast mit ihr gemeinsam zu besichtigen. Der Termin werde dem Gremium noch mitgeteilt.

2. Bürgermeister Harth hält es für ungut, wenn sich die Stadt weiterhin selbst schlecht redet. Man müsse nicht alles gleich negativ abtun.

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder schließt um 21:20 Uhr die öffentliche 07. Sitzung des Stadtrates.

Helga Schmidt-Neder  
Erste Bürgermeisterin

Sabine Laumeister  
Schriftführer/in